

Ein Neuanfang

Wie die Folgen des Ölkriegs die Weltwirtschaftsordnung verändern werden.

28. September 2026 | Michael Hudson

Die unmittelbare Ursache der drohenden Weltwirtschaftskrise ist klar genug. Der Ölkrieg der USA gegen den Iran hat den Seehandel aus der Region am Persischen Golf lahmgelegt und damit die weltweiten Ölexporte über die Straße von Hormus um 20 Prozent sowie – infolge des Kampfes der jemenitischen Ansar Allah gegen Saudi-Arabien – über das Rote Meer um weitere 5 Prozent reduziert.

Alle Länder benötigen Öl und Gas, um ihre Fabriken anzutreiben, ihre Häuser zu beleuchten und zu heizen sowie Düngemittel und Grundchemikalien aus Naphtha und Schwefel herzustellen. Eine Unterbrechung dieser Versorgung wird die Preise für Öl und Gas und damit auch für Düngemittel, Strom und Energie im Allgemeinen in die Höhe treiben. Das wird viele Unternehmen und ganze Branchen zur Schließung zwingen, da sie unter den neuen Preisbedingungen keine Gewinne mehr erzielen können.

Viele Länder werden unter Betriebsschließungen und steigender Arbeitslosigkeit leiden, ähnlich wie die deutsche Industrie, nachdem sich die deutsche Regierung 2022 dem Druck der USA gebeugt hatte, den Import von russischem Öl und Gas einzustellen. Die gesamte Wirtschaft litt unter einem sinkenden BIP.

Für den weltweiten Agrarsektor wird die Öl- und Gaskrise zu einer Verknappung des Angebots an Düngemitteln und Kraftstoffen führen, was einen Rückgang der Ernteerträge zur Folge haben wird. Viele US-Landwirte haben ihre Anbauflächen reduziert, da die Kosten für die Erzeugung von Nutzpflanzen aufgrund steigender Preise für diese Produktionsfaktoren höher sind als die erzielbaren Erlöse. Auch die Vermarktungskosten steigen infolge höherer Dieselpreise und damit höherer Kosten für den Lkw- und Schienentransport. Und da die Preise für Energie, Düngemittel und Lebensmittelimporte für Unternehmen, Landwirte und Arbeitnehmer weltweit steigen, werden viele nicht in der Lage sein, ihre fälligen Schulden zu bedienen. Dies wird zu Zahlungsausfällen, Notverkäufen und steigenden Insolvenzzraten führen, gefolgt von Zwangsvollstreckungen und Übernahmen von Vermögenswerten. Dieser finanzielle Druck wird den Konflikt zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern verschärfen, da ausländische Investoren wie schon während der asiatischen Finanzkrise von 1997 in den Markt drängen und Unternehmen zu Notverkaufspreisen aufkaufen.

Für die meisten Länder werden die sich verschärfenden Zahlungsbilanzdefizite Druck auf ihre Wechselkurse ausüben und sie vor die Wahl stellen, ob sie ihre begrenzten Reserven zur Bezahlung teurerer Öl- und Nahrungsmittelimporte oder zur Tilgung ihrer fälligen Auslandsschulden einsetzen. Viele Länder werden sich an den IWF wenden, um Dollar zu leihen und damit ihre Defizite zu decken – als Alternative zu einer Abwertung ihrer Wechselkurse.

Das Problem besteht darin, dass IWF-Kredite an die Bedingung geknüpft sind, dass die Regierungen ihre Haushaltsdefizite durch Kürzungen bei sozialen Leistungen reduzieren – beispielsweise bei der Unterstützung von Familien und Unternehmen bei der Bewältigung der Krise und der damit steigenden Schuldenlast.

Doch eine Kürzung solcher öffentlicher Ausgaben wird in demokratischen Ländern mit Öldefizit politisch unhaltbar sein. Der Weg des geringsten politischen Widerstands besteht für sie darin, die Zahlungen ihrer Auslandsschulden an Anleihegläubiger, Banken und den IWF auszusetzen, damit sie die Lebensmittel und das Öl kaufen können, die ihre Bürger und Unternehmen benötigen. Um sich vor politisch inakzeptablen Sparmaßnahmen und einer Depression im eigenen Land zu bewahren, benötigen Länder mit Öldefizit letztendlich gegenseitige Unterstützung durch China, Russland und untereinander, um neue Regeln für die Schuldner- und Gläubigerbeziehungen zwischen den Ländern zu schaffen – basierend auf der Erkenntnis, dass Schulden, die nicht beglichen werden können, auch nicht beglichen werden, allen voran ihre aufgelaufenen, auf US-Dollar lautenden Schulden.

Die Verhandlungen über die Schaffung solcher Regeln, mit denen weitreichende Sparmaßnahmen und eine regelrechte Depression vermieden werden sollen, werden die große Debatte von 1944 zwischen Vertretern der USA und Großbritanniens über die Struktur des internationalen Finanzsystems der Nachkriegszeit wieder aufleben lassen. In **Bretton Woods** spiegelten die Vorschläge der USA, wonach der IWF das internationale Finanzsystem nach kreditgeberorientierten Grundsätzen verwalten sollte, den damals überwältigenden Status der USA als Gläubigerland und den Besitz von rund 75 Prozent des weltweiten Währungsgoldes durch das US-Finanzministerium wider.

Der Plan des britischen Finanzministeriums unter John Maynard Keynes sah eine Finanzaufsichtsbehörde vor, die befugt sein sollte, die Fähigkeit der Gläubigerländer (angeführt von den USA) einzuschränken, Finanzforderungen in einem solchen Ausmaß anzuhäufen, dass sie das Wirtschaftswachstum in Ländern mit anhaltenden Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten ersticken würden, wie es nach dem Ersten Weltkrieg geschehen war. Die USA lehnten seinen Vorschlag zur Abschreibung übermäßiger Gläubigerforderungen ab und gründeten stattdessen den IWF. Dessen gläubigerfreundliche Grundsätze haben Länder, die in eine Schuldenabhängigkeit geraten sind, dazu gezwungen, Einnahmen aus ihren Volkswirtschaften zu pressen oder öffentliches Vermögen zu veräußern, um ihre Schulden bei amerikanischen und anderen internationalen Banken sowie Anleihegläubigern zu begleichen.

Der Großteil der seit 1945 angehäuften Auslandsschulden lautet auf Dollar, sodass jeder heutige Schuldenerlass zu Lasten des dollarbasierten, US-zentrierten internationalen Finanzsystems gehen würde. Dieses System hat Schuldnerländer über Kredite des IWF oder des US-Finanzministeriums sowie über Währungsswap-Vereinbarungen „gerettet“, um deren Wechselkurse zu stützen und ihnen zu ermöglichen, einen Zahlungsausfall zu vermeiden.

Dies hatte zur Folge, dass eine von Natur aus untragbare finanzielle Dynamik subventioniert wurde, bei der sich Schulden exponentiell anhäufen und zunehmend die Rückzahlungsfähigkeit überstiegen. Die USA haben dieses System zudem als Waffe eingesetzt, indem sie die Vergabe solcher neuer Kredite davon abhängig machten, dass sich die Länder den US-Finanz- und Handelssanktionen gegen Länder anschließen, die sich der US-Außenpolitik und ihrer zunehmenden Aggressivität widersetzen.

Die globale Mehrheit steht somit vor der Aufgabe, neue finanzielle Vereinbarungen zwischen den Regierungen von Zahlungsüberschuss- und Zahlungsdefizitländern zu entwerfen, um die strengen, gläubigerfreundlichen Regeln des IWF und der damit verbundenen US-Politik zu ersetzen, die Schuldnerländer dazu zwingen, ihre öffentliche Infrastruktur, ihre natürlichen Ressourcen und ihr Land zu veräußern, um ihre Schulden zu begleichen.

Die zugrunde liegende Frage ist, ob die Regierungen der Schuldnerländer weiterhin als Inkassostellen für Anleihegläubiger, Banken und rentenorientierte Investoren fungieren werden, die darauf hoffen, öffentliche Infrastruktur zu privatisieren, um den Ländern Geld zur Tilgung ihrer Auslandsschulden zu verschaffen – wobei die Regierungen ihre Befugnis aufgeben, in ausländischem Besitz befindliche natürliche Ressourcen zu besteuern, öffentliche Infrastruktur zu subventionieren und Geld- und Kreditschöpfung zur Förderung des Wirtschaftswachstums ihrer Länder einzusetzen.

Dieser Verlust souveräner Kontrolle infolge der Schuldenabhängigkeit ist ein wesentliches Merkmal des dollarbasierten Währungs- und Finanzsystems, das dazu dient, die Interessen der USA und der ausländischen Investoren im Allgemeinen zu vertreten.

Die US-Politik verschärft die Ölkrise und die weltweite Finanzkrise

Die nationale Sicherheitsstrategie der USA zielt darauf ab, Engpässe im weltweiten Handel mit Öl und anderen lebenswichtigen Gütern zu schaffen. Vor allem kontrolliert sie den Zugang zum dollarbasierten globalen Finanzsystem, in dem ausländische Volkswirtschaften ihre Ersparnisse anlegen und ihren Außenhandel abwickeln. US-Handels- und Finanzsanktionen sowie die direkte militärische Blockade des Zugangs zu russischem und iranischem Öl verschärfen die Ölknappheit in der Hoffnung, die aktuelle Krise als Druckmittel zu nutzen, um Länder dazu zu zwingen, den US-Wirtschaftssanktionen nachzukommen – im Gegenzug für den Zugang zu US-Öl und -Gas sowie die Aufrechterhaltung des Zugangs zum US-Binnenmarkt für ihre Exporte [2].

Nun kommt es zu einer Gegenreaktion, da sich die Gasimportpreise in Deutschland und anderen europäischen Ländern infolge der Umstellung von russischem Gas auf US-Flüssigerdgas (LNG) vervierfacht haben. Der wachsende Widerstand gegen die Folgen des NATO-Kriegs gegen Russland hat die Regierungsparteien in Deutschland, Großbritannien und Frankreich so unbeliebt gemacht, dass eine Wiederwahl unwahrscheinlich ist.

Die Wirtschaft der USA und die ihrer westlichen Verbündeten haben sich infolge der neoliberalen Politik der Finanzialisierung und Privatisierung deindustrialisiert und polarisiert. Ihr Finanz- und Börsenvermögen kann nur durch Abgaben und Subventionen aus Volkswirtschaften aufrechterhalten werden, die die eigentliche Produktion leisten. Doch diese produktiven Volkswirtschaften und die des Westens sehen sich nun mit einer weltweiten Depression konfrontiert, die aus der Schließung des Persischen Golfs resultiert: steigende Ölpreise, die weltweite Unternehmens- und Haushaltsbudgets unter Druck setzen, sowie schrumpfende Märkte und Beschäftigungsmöglichkeiten – und damit auch die Fähigkeit der Länder, finanzielle Abgaben an die USA zu leisten.

Die Interessen der Gläubiger über die der Volkswirtschaften als Ganzes zu stellen, ist eine typisch westliche Krankheit. Seit dem antiken Griechenland und Rom hat dies zu wirtschaftlicher Polarisierung, Verarmung und Abhängigkeit der breiten Bevölkerung von einer kleinen oligarchischen Klasse geführt. Genau dieses Schicksal muss die globale Mehrheit nun vermeiden, indem sie zu einer neuen internationalen Ordnung übergeht, in der Regierungen Finanzoligarchien und damit

verbundene Rentiers daran hindern, ihre Volkswirtschaften zugunsten westlicher Investoren zu verarmen. Der heutige Ölkrieg verspricht, einen solchen zivilisatorischen Wandel voranzutreiben.

Die Erholung von den Ölkriegs -Auswirkungen muss einen Schuldenerlass beinhalten

Die stark gestiegenen Preise, die die meisten Länder für Öl und Lebensmittel zahlen müssen, sind die unmittelbarsten Folgen des amerikanischen Ölkriegs gegen Russland und den Iran. Wie bereits erwähnt, werden viele Unternehmen bei den neuen Preisniveaus keine Gewinne mehr erzielen können und vor der Schließung stehen, und viele Haushalte werden ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr bezahlen können, ohne Schulden zu machen.

Die gravierendste politische Krise wird sich in den Zahlungsbilanz- und Wechselkursproblemen der am stärksten betroffenen, vom Öl abhängigen Länder zeigen. Die nationalen Finanzministerien werden aufgefordert sein, Subventionen bereitzustellen, um Haushalte, Unternehmen und ganze Wirtschaftszweige über Wasser zu halten, damit diese nicht schließen müssen und in die Insolvenz geraten.

Eine solche Unterstützung wird jedoch dadurch eingeschränkt, dass Regierungen nach der gegenwärtigen weltweiten Praxis verpflichtet sind, der Tilgung ihrer Auslandsschulden finanzpolitische Priorität einzuräumen, anstatt den Stillstand ihrer Industrie durch öffentliche Ausgaben für soziale Unterstützung und Subventionen zur Förderung der wirtschaftlichen Erholung abzufedern.

Insbesondere die Länder des Globalen Südens haben bereits jetzt Schwierigkeiten, ihre Auslandsschulden gegenüber Anleihegläubigern, Banken und anderen Gläubigern zu begleichen. Wenn der durch steigende Ölimportpreise verursachte Druck auf die Zahlungsbilanz zu einem Wertverlust ihrer Währungen führt, steigen dadurch die Preise in ihrer Landeswährung, die zur Bezahlung ihrer Importe und ihrer ohnehin schon hohen Dollar-Schuldenlast benötigt werden.

Eine Form des Zahlungsausfalls ist unvermeidlich. Die große politische Frage ist, wer die Last tragen wird. Wird die Binnenwirtschaft auf dem Altar der Auslandsverschuldung geopfert und eine Welle von Zahlungsunfähigkeiten, Insolvenzen und Zwangsvollstreckungen erleiden? Oder werden Regierungen die Zahlungen an internationale Gläubiger aussetzen, um ihre Binnenwirtschaften so gut wie möglich zu schützen? Wie ich im Folgenden darlegen werde, ist der einzige Weg, eine innenwirtschaftliche Depression in den Ländern des Globalen Südens zu vermeiden, ein „finanzieller Neuanfang“: ein Schuldenerlass.

Der heutige Überhang der Außenverschuldung ist ein Relikt der kolonialen und protektionistischen Politik der Industrienationen, die den Regierungen des Globalen Südens und anderen Regierungen aufgezwungen wurde, um sie davon abzuhalten, die protektionistischen oder sozialistischen Mischwirtschaftspolitiken zu verfolgen, die erforderlich wären, um ihnen Wohlstand zu ermöglichen und eine Abhängigkeit vom Außenhandel und von Auslandsschulden zu vermeiden.

Eine langfristige weltweite Erholung erfordert den Erlass der Altkredite, die zur Finanzierung der chronischen wirtschaftlichen Abhängigkeit des Globalen Südens vergeben wurden, ohne dass diese Kredite dazu genutzt wurden, die Mittel für ihre Rückzahlung zu schaffen. Die Länder sind nur in der Lage, sie zurückzuzahlen, indem sie noch mehr Geld leihen, um ihre Finanzierungskosten zu decken. Dies ist das Schuldenkarussell, das die Nord-Süd-Beziehungen der letzten zwei Jahrhunderte geprägt hat.

Der notwendige Neuanfang erfordert einen Schuldenerlass für die fälligen Schulden vieler Schuldnerländer gegenüber ausländischen Regierungen, dem IWF und privaten Anleihegläubigern. Um dieses Ziel zu erreichen, muss eine Vermittlung durch den IWF und die Weltbank vermieden werden, die als Instrumente der zwangsweisen US-Wirtschaftspolitik gegründet wurden. Der IWF folgt der US-Außenpolitik, indem er Kredite nur an Regierungen vergibt, die neoliberaler Privatisierungen und Kürzungen der Sozialausgaben zustimmen, und zwingt sie so, ihre öffentliche Infrastruktur und ihre natürlichen Ressourcen an ausländische Investoren zu verkaufen. Die Schuldnerländer werden „thatcherisiert“, um ihre Schulden zu begleichen, indem ihnen Möglichkeiten zur Rent-Seeking-Aktivität geboten werden, um Dollar zu beschaffen und so ihre Wechselkurse zu stützen.

Ein Jahrhundert der US-Unterstützung für gläubigerfreundliche Finanzwelt-Regeln

Die beherrschende Stellung Amerikas als Weltgläubiger nach dem Ersten Weltkrieg ermöglichte es dem Land, bei einer Reihe von Londoner Konferenzen im Jahr 1921 die Friedensbedingungen zu diktieren, um den Versailler Friedensvertrag von 1919 umzusetzen. Das US-Finanzministerium bestand auf der vollständigen Bezahlung der amerikanischen Waffen, die vor dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg auf Kredit an die europäischen Alliierten verkauft worden waren. Die Alliierten wandten sich an Deutschland und forderten Reparationszahlungen, um den Forderungen der USA nachkommen zu können.

Die auferlegten Summen überstiegen bei weitem die Zahlungsfähigkeit sowohl Deutschlands als auch der Alliierten. Doch die moralische Ethik jener Zeit verlangte, dass alle Schulden „willig oder unwillig“ beglichen werden mussten, wie Keynes es ausdrückte. Es gab keine Berechnung darüber, wie die Kriegsschulden beglichen werden könnten, ohne sowohl die besiegten als auch die siegreichen europäischen Volkswirtschaften in eine von Schulden belastete Sparpolitik sowie in weit verbreitete Insolvenzen, Zwangsvollstreckungen und letztendlich in den politischen Zusammenbruch zu treiben.

Gläubigerfreundliche Ökonomen wie Jacques Rueff aus Frankreich und Bertil Ohlin aus den USA behaupteten, dass eine geldpolitische Straffung notwendig sei, um die Wettbewerbsfähigkeit der Länder durch eine Senkung ihrer Lohnniveaus (ihrer wichtigsten inländischen Produktionskosten) und Wechselkurse zu steigern. Dies sollte vor allem durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit erreicht werden, wodurch die Importe von Konsumgütern aufgrund des sinkenden Lebensstandards zurückgehen würden. Die Stagnation, die aus den Versuchen der Europäer resultierte, ihre Kriegsschulden zu begleichen, wurde somit bewusst herbeigeführt und führte zur Weltwirtschaftskrise, die letztendlich sowohl die Gläubiger- als auch die Schuldnerwirtschaften zum Zusammenbruch brachte, sowohl in den USA als auch in Europa.

Befürworter deutscher Reparationszahlungen hatten Keynes' Aufforderung zurückgewiesen, genau zu erläutern, wie Volkswirtschaften ihre Schulden begleichen könnten, ohne unter Zusammenbruch und Stagnation zu leiden. Dieser bewusste blinde Fleck seitens der gläubigerfreundlichen Lobbyisten (und tatsächlich auch im akademischen Mainstream) in Bezug auf die Schuldenlast plagt die heutige Welt noch immer. Ein kurzer Überblick über das internationale Schuldenungleichgewicht des vergangenen Jahrhunderts ist aufschlussreich.

Deutschland ging bei seinem verzweifelten Versuch, die unerschwinglich hohen Reparations-schulden zu begleichen, bankrott. Da ein Großteil seiner Exportindustrie von den Alliierten be-

schlagnahmt worden war oder in Trümmern lag, geriet sein Außenhandel zwangsläufig ins Defizit, und sein Wechselkurs sank. Dennoch versuchte Deutschland, die für die Zahlungen an die Alliierten benötigten Dollar aufzubringen, indem die Reichsbank ihre Währung auf dem Devisenmarkt zu sinkenden Kursen gegen Dollar verkaufte. Der Wechselkurs der Reichsmark stürzte ab, wodurch die Importpreise proportional stiegen; die Inlandspreise folgten diesem Trend, sodass mehr Geld geschaffen werden musste, um das höhere inländische Preisniveau widerzuspiegeln und noch mehr ausländische Hartwährung zu kaufen. Die Folge waren Hyperinflation und wirtschaftlicher Zusammenbruch [3].

Die hoch verschuldeten europäischen Alliierten litten infolge ihrer Versuche, ihre Kriegsschulden gegenüber Amerika zu begleichen, unter einer eigenen Wirtschaftskrise. Frankreich litt unter Hyperinflation, während die Arbeitslosigkeit in Großbritannien zum Generalstreik von 1926 führte.

Das US-Finanzministerium versuchte, die Finanzierung der europäischen Schuldenlast zu unterstützen, indem es seine Kapitalzuflüsse nutzte, um die Zinssätze für inländische Bankkredite und Anleihen zu senken. Das politische Ziel bestand darin, deutsche Anleihen attraktiver zu machen und dadurch die Zahlung der Reparationen sowie der entsprechenden Schulden gegenüber den Alliierten zu erleichtern. Amerikanische und andere Investoren kauften die höher verzinslichen Anleihen deutscher Bundesländer und Kommunen, die ihre Dollar-Einnahmen bei der Reichsbank gegen inländische Währung eintauschten. Die Reichsbank zahlte diese Dollar als Reparationen an Großbritannien und andere Alliierte aus, wodurch diese Länder ihre Schulden gegenüber den USA begleichen konnten, ohne unter fallenden Wechselkursen zu leiden.

Die niedrigen US-Zinsen, die diesen zirkulären Finanzfluss begünstigten, befeuerten zudem einen durch Verschuldung angeheizten Börsenboom in den USA, der 1929 zusammenbrach.[4] Der Crash bedeutete das Aus für Anleger, die Aktien auf Kredit gekauft hatten (in der Erwartung, dass deren Kurse schneller steigen würden als die zu zahlenden Zinsen). Der Boom und der Crash waren von internationaler Tragweite, führten zu Insolvenzen und zerstörten nicht nur finanzielles Vermögen, sondern auch industrielle Märkte und Arbeitsplätze.

Bis 1931 hatten alle Länder erkannt, dass der Friedensvertrag überzogene Forderungen der Gläubiger auferlegt hatte, die nicht beglichen werden konnten, und es wurde sowohl für die deutschen Reparationszahlungen als auch für die Schulden zwischen den Alliierten ein Moratorium verkündet. Zu diesem Zeitpunkt war die Weltwirtschaftskrise jedoch bereits in vollem Gange. Eine Erholung setzte erst mit der militärischen Mobilmachung und der Rüstungsproduktion ein, die für den Zweiten Weltkrieg erforderlich waren.

Als sich der Krieg 1944 seinem Ende näherte und man sich auf den bevorstehenden Frieden vorbereitete, spiegelte die Haltung der USA ihre Eigeninteressen als weltweit größter Gläubiger wider: Sie strebten danach, ihre Goldreserven zu nutzen, um eine finanzielle und letztlich politische Abhängigkeit anderer Länder von ihren Bankern und Investoren zu schaffen. Ihre Diplomaten hatten gelernt, keine Reparationszahlungen zu verlangen, die einen Wiederaufbau nach dem Krieg verhindern würden, forderten jedoch weiterhin internationale Regeln zugunsten der Gläubiger. Die USA hielten etwa 75 Prozent der weltweiten offiziellen Goldreserven und hatten den Löwenanteil an der weltweiten Industrieproduktion. Die von den USA entworfene internationale Währungsordnung der Nachkriegszeit sah vor, dass Zahlungsbilanzdefizite in Gold oder dessen Gegenwert beglichen werden mussten. In der Praxis bedeutete dies den Dollar, der offiziell zu einem Kurs von

35 Dollar pro Unze in Gold konvertierbar war. Fast sofort begannen die Länder, neue Handels- und Zahlungsbilanzdefizite gegenüber den Vereinigten Staaten aufzubauen.

Keynes' Vorschlag für eine alternative Wirtschaftspolitik zu der der USA und des IWF

Keynes' Argumentation gegen eine gläubigerfreundliche Politik in der deutschen Reparationsdebatte veranlasste ihn, vor der allgemeinen gläubigerfreundlichen Ideologie zu warnen, die darauf bestand, Schuldendienstzahlungen von Deutschland und den europäischen Alliierten einzufordern – auf Kosten einer Beeinträchtigung ihrer Fähigkeit, das für die Tilgung ihrer Schulden erforderliche Investitions- und Produktivitätswachstum aufrechtzuerhalten [5].

Als er im Namen des britischen Finanzministeriums in der großen Debatte von 1944 mit US-Beamten kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs auftrat, schlug er eine Institution vor, die Schuldendeflation und Sparmaßnahmen verhindern sollte, indem Auslandsschulden getilgt würden, sobald diese eine wirtschaftliche Stagnation zu verursachen drohten. Die Anhäufung von Gläubigerforderungen würde aufgehoben, sobald sie ein Maß überschritten, das nicht aufrechterhalten werden könnte, ohne die hochverschuldeten Länder zu zerstörerischen Sparmaßnahmen zu zwingen, was einen Zusammenbruch der Binnenwirtschaft und den Verlust ihrer wirtschaftlichen Souveränität zur Folge hätte.

Keynes' Internationale Clearing-Union (ICU) würde ein Buchhaltungssystem für Forderungen und Verbindlichkeiten unter ihren Mitgliedsländern schaffen, wobei ein Fiat-Geld namens „Bancor“ als Rechnungswährung dienen würde [6]. Seine Argumentation war, dass die vorgeschlagene Politik des IWF, den Schuldnerländern lediglich Kredite zur Stützung ihrer Wechselkurse und zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Gläubigern zu gewähren, zu einer Konzentration des Reichtums in den Gläubigerländern führen würde, deren Kapitalzuflüsse deren Finanzblasen aufblähen würden. Letztendlich hätten die reichsten Gläubigerländer jedoch kaum realistische Aussichten auf eine tatsächliche Rückzahlung, da die durch ihre Forderungen nach Schuldendienst auferlegten Sparmaßnahmen Zahlungen verhindern würden. Ein Abschreiben ihrer Gläubigerforderungen würde sie daher in der Praxis nicht schlechter stellen.

Wäre Keynes' Vorschlag zur Verhinderung übermäßiger Schuldenlasten nach dem Ersten Weltkrieg umgesetzt worden, wären die Schulden der Alliierten und Deutschlands abgeschrieben worden (wie es letztendlich ohnehin geschehen musste), anstatt zur Weltwirtschaftskrise zu führen. Die USA hätten nicht jene Finanzzuflüsse verzeichnet, die ihren Aktienmarkt auf ein Niveau aufblähten, das schließlich zum Zusammenbruch führte und die eigenen Investoren sowie diejenigen an den Aktienmärkten weltweit in den Bankrott trieb.

Doch 1944 hatte Amerika nicht die Absicht, die Macht aufzugeben, die ihm sein Status als Gläubiger verlieh. Es nutzte diese Macht, um Keynes' Vorschlag abzulehnen und auf dem IWF sowie auf Freihandelsregeln zu bestehen, die Großbritanniens „Empire Preference“-Handels- und Investitionskontrollen beendeten und den Sterling-Raum zu einem finanziellen Satelliten der USA machten.

Schuldenpolarisierung zwischen Überschuss- und Defizit-Volkswirtschaften

Seit 1945 sind die Regeln des Welthandels und des Zahlungsverkehrs darauf ausgerichtet, andere Länder daran zu hindern, mit der wirtschaftlichen und finanziellen Macht der USA zu konkurrieren. Als sich der Zweite Weltkrieg seinem Ende näherte, war klar, dass die USA nach dem Krieg erneut

Handels- und Zahlungsbilanzüberschüsse erzielen würden, während die europäischen Länder Handelsdefizite verzeichnen würden. Die Herausforderung für die europäischen Länder bestand darin, zu vermeiden, dass sie ihre Wirtschaft abkühlen mussten, um ihre Wechselkurse vor einem Verfall zu schützen, wenn sie Zahlungsbilanzdefizite verzeichneten, wie es nach dem Ersten Weltkrieg geschehen war. Doch darin waren sie erfolglos. Sie akzeptierten als vollendete Tatsache die Vereinbarungen, die Amerika zunächst mit Großbritannien getroffen hatte, das sich widerwillig den Plänen der USA beugte.

Das britische Finanzministerium war besonders besorgt über die Aussicht auf US-amerikanische Nachkriegsregeln zum Freihandel, die darauf abzielten, ausländischen Protektionismus und Kapitalkontrollen zu verhindern. Das britische System der „Imperial Preference“-Kontrollen verpflichtete Indien und andere britische Kolonien dazu, ihre internationalen Ersparnisse in Großbritannien und im Sterling-Raum zu halten und dort auszugeben. Doch die USA hatten bei den Verhandlungen in Bretton Woods im Juli 1944 das Sagen und bestanden auf einer Handelsliberalisierung, die diesen „Imperial Preference“-Beschränkungen ein Ende setzte.

Mitglieder des britischen Commonwealth und andere Länder, die während der Kriegsjahre durch den Export von Rohstoffen und Dienstleistungen an die Alliierten Ersparnisse angehäuft hatten, konnten diese nun hauptsächlich für US-Exporte und Investitionen in US-Dollar ausgeben. Der Sterling-Raum wurde zu einem finanziellen Satelliten der USA, als er auf dollarisierte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen umstellte.

Der Druck der USA, die Märkte der Nachkriegswelt für den freien Handel und den freien Kapitalfluss zu öffnen, hatte den gewünschten Effekt, dass die USA zum führenden Industrie- und Lebensmittellieferanten sowie zum wichtigsten Investitionsstandort wurden. Europäische Länder, darunter Großbritannien, ihre ehemaligen Kolonien und andere Staaten, verzeichneten zunehmend Handelsdefizite, da sie von US-Exporten abhängig wurden. Unterdessen förderte die US-Wirtschaftsdiplo-matie einen **rentenorientierten Neokolonialismus** durch klientelistische Oligarchien und militärische Interventionen, die darauf abzielten, Abhängigkeitsverhältnisse zu zementieren und Zins-, Rohstoff- sowie Monopoleinkünfte zu erschließen.

Als Großbritannien immer tiefer in die Auslandsverschuldung geriet, zwang die sich verschlechternde Handelsbilanz das Land dazu, eine nachkriegszeitliche „Stop-and-Go“-Politik zu verfolgen, bei der die Zinssätze angehoben wurden, um die Wirtschaft zu bremsen, sobald sich die Beschäftigungslage zu erholen begann, und um der Erwerbsbevölkerung den Import weiterer Konsumgüter zu ermöglichen. Die Arbeitnehmerschaft wurde zum Hauptopfer der Zentralbankpolitik, die den Schuldendienst für Auslandsschulden priorisierte, indem sie im Inland Sparmaßnahmen zur Senkung der Löhne durchsetzte; dabei behaupteten die Banker, dies würde die Schuldnerländer wettbewerbsfähiger machen und sie in die Lage versetzen, ihre steigenden Schuldenlasten zu begleichen. Das tatsächliche Ergebnis war, dass der Globale Süden und andere Länder in Handels- und Schuldenabhängigkeit sowie in eine Klientelabhängigkeit gegenüber den USA und anderen multinationalen Investoren und Anleihegläubigern getrieben wurden.

Handelsabhängigkeit führte zur Schuldenabhängigkeit

Bei der Konzeption des IWF betrachteten US-Beamte das wirtschaftliche Problem der Auslandsverschuldung lediglich als eine Frage, wie man den Schuldnern Geld abpressen und Vermögens-

werte in amerikanische Hände übertragen könne. Sie beharrten darauf, dass keine supranationale Regulierung oder Anpassung erforderlich sei, um zu verhindern, dass die Schuldenabhängigkeit Länder in die Armut treibe und sie zu Klientelstaaten mache. Die gläubigerfreundliche Ideologie war nie bereit anzuerkennen, wie sehr geldpolitische Sparmaßnahmen die Volkswirtschaften der Schuldnerländer lähmen. Den Regierungen wird gesagt, sie müssten ihre Haushaltsdefizite abbauen, doch gerade diese Haushaltsdefizite und die daraus resultierende Staatsverschuldung in Form von Staatsanleihen sind es, die in den führenden westlichen Volkswirtschaften seit der Gründung der Bank of England im Jahr 1694 – mit 1,2 Millionen Pfund an Staatsanleihen als Anfangsreserven zur Absicherung ihrer Kredite und ihres Papiergeldes – für Geld gesorgt und Bankkredite gestützt haben.

Der Widerstand der „Freihandels“-Befürworter gegen staatliche Ausgaben blockiert öffentliche Infrastrukturinvestitionen und die Subventionen, die erforderlich sind, um den wachsenden Binnenmarkt und die Investitionen zu sichern, die es den Schuldnerländern ermöglichen, das Geld zu verdienen, um ihre Schulden zu begleichen. Die daraus resultierende Haushaltskonsolidierung zwingt sie dazu, ihr öffentliches Eigentum an ausländische Investoren zu verkaufen, die ihre Monopoleinkünfte an die Gläubigerländer zurücküberweisen. In den 1970er Jahren führte diese Politik zur lateinamerikanischen Schuldenkrise und erzwang einen Schuldenerlass für die Länder des Globalen Südens, der nicht vom IWF, sondern durch den Brady-Plan geregelt wurde, der von den Anleihegläubigern ausgehandelt wurde, um zu retten, was zu retten war.

Die Handels- und Finanzdiplomatie der USA und der EU hat die Länder des Globalen Südens dazu gebracht, sich auf die Lieferung von Rohstoffen sowie landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Produkten aus Niedriglohn-Handarbeit zu spezialisieren – im Rahmen eines ungleichen Handels, der zu ihrer Handelsabhängigkeit und ihrer Auslandsverschuldung geführt hat. Die dem Globalen Süden auferlegten Handelspolitiken der USA standen im Gegensatz zu den protektionistischen Maßnahmen, mit denen das industrielle Großbritannien, Deutschland und die USA ihren eigenen industriellen und landwirtschaftlichen Aufschwung erreicht hatten.

Die Politik der USA hinderte beispielsweise Regierungen in Ländern mit Nahrungsmitteldefizit daran, ihre eigene landwirtschaftliche Selbstversorgung aufzubauen, indem sie – wie es die USA taten (und wie es Europa bald tun würde) – die Produktion in Familienbetrieben subventionierten und mithilfe von Zollschutz und Subventionen dazu beitrugen, sich selbst zu ernähren [7]. Die Weltbank vergab Kredite an Länder ausschließlich für die Spezialisierung auf Plantagenkulturen, nicht für die Familienlandwirtschaft. Sie stellte Kredite bereit, um ausländische Ingenieurbüros für den Bau von Autobahnen, Häfen und anderer Verkehrsinfrastruktur zu bezahlen, damit Plantagenprodukte und Rohstoffe exportiert werden konnten – nicht, um den heimischen Markt zu entwickeln.

Was in den 1960er Jahren euphemistisch als „Entwicklungskredite“ bezeichnet wurde, zielte tatsächlich darauf ab, die Nahrungsmittelabhängigkeit von US-Getreideexporten zu festigen, nicht darauf, die Selbstversorgung im Inland zu entwickeln [8]. Und der IWF verweigerte Ländern, die eine Landreform durchführten, Kredite. Nicaragua und andere mittelamerikanische Länder, die eine solche Reform einführten, wurden einem von der CIA unterstützten militärischen Terrorismus ausgesetzt, der die zivile Kontrolle weitgehend an lokale Diktatoren und Drogenbarone übertrug.

Die Ungleichgewichte in der Handels- und Entwicklungspolitik, die insbesondere zu strukturellen Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten in den Ländern des Globalen Südens führten, hatten bereits unter ihren ehemaligen Kolonialmächten begonnen (wie ich weiter unten darlegen werde) und setzten sich unter der Politik der USA und anderer ausländischer Gläubiger fort. In den 1940er und 1950er Jahren hielt diese Asymmetrie in der Handelspolitik an, begleitet von Bestrebungen, die Rolle staatlicher Investitionen und Subventionen zur Förderung wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Souveränität im Inland zu untergraben. Die postkolonialen Länder finanzierten ihre Handelsdefizite zunächst, indem sie die internationalen Ersparnisse aufbrauchten, die sie, wie oben erwähnt, während des Krieges angesammelt hatten. In den 1960er Jahren und noch ausgeprägter in den 1970er Jahren nahmen sie zunehmend Auslandsschulden auf, um ihre Defizite zu finanzieren.

In den 1980er Jahren bestand der IWF darauf, dass Länder, die Kredite zur Stabilisierung ihrer Wechselkurse beantragten, damit beginnen mussten, ihre öffentliche Infrastruktur zu veräußern, vor allem an ausländische Investoren. Dies führte dazu, dass sich die Länder vom IWF und dessen berichtigten Sparmaßnahmen sowie den damit verbundenen neoliberalen Kreditbedingungen distanzieren, die Privatisierungen und ähnliche regierungsfeindliche Reformen forderten, welche das staatliche Eigentum an der öffentlichen Infrastruktur abbauten und verhinderten, dass Haushaltsdefizite der Wirtschaft Geld zuführten.

Diese politische Forderung bedeutete, dass der innenpolitische Preis für Handelsdefizite und Schuldenbedienung darin bestand, genau jene neoliberalen Maßnahmen durchzusetzen, die unter Margaret Thatcher in Großbritannien und unter Ronald Reagan in den USA zur Deindustrialisierung führten. Bis 2007 war die Kundenliste des IWF auf den kürzesten Stand seit einem Vierteljahrhundert geschrumpft, nachdem Argentinien und Brasilien ihre Schulden bei ihm getilgt hatten. Doch die US-Krise um Subprime-Hypotheken und Derivate im Jahr 2008 führte zu internationaler Instabilität, die die Länder zwang, sich wieder in die Fänge des IWF zu begeben.

USA im Wohlstand dank Finanzierung ihrer Zahlungsbilanzdefizite

Die militärischen Ausgaben im Ausland, beginnend mit dem Koreakrieg im Jahr 1950, waren für die gesamte ununterbrochene Reihe von Zahlungsbilanzdefiziten der USA bis hin zum Vietnamkrieg verantwortlich. Diese Defizite wurden zunehmend in Gold beglichen und zwangen das Finanzministerium 1971 dazu, die Konvertibilität des Dollars in Gold aufzuheben. Die „Kanonen- und Butter“-Politik des Krieges führte zu einem Anstieg des Lohnniveaus, wodurch die 1970er Jahre trotz steigender Preisinflation und Zinssätze zum letzten goldenen Zeitalter für die amerikanischen Arbeitnehmer wurden.

Die Carter-Regierung (1977–1980) begegnete dem sich verschärfenden Handels- und Militärdefizit durch die Einführung protektionistischer „freiwilliger“ Importquoten, insbesondere gegenüber Japan, während US-amerikanische multinationale Unternehmen begannen, die Produktion in mexikanische [Maquiladoras](#) (Montagebetriebe) südlich der US-Grenze auszulagern, um dort kostengünstigere Arbeitskräfte zu nutzen, und sich bald darauf Asien zuwandten.

Im Laufe des letzten halben Jahrhunderts haben sich die USA zu einer Hochkostenwirtschaft entwickelt und sind deindustrialisiert worden (wie weiter unten erläutert), wobei sie Handelsdefizite verzeichnen und ihre Militärausgaben fortsetzen, während sie gleichzeitig zum weltweit größten Schuldner geworden sind. Dennoch blieben sie davon verschont, die daraus resultierenden Zah-

lunqsdefizite auf die gleiche Weise bewältigen zu müssen wie andere Länder. Diese sind in der Regel gezwungen, ihre Wechselkurse durch Zinserhöhungen zu stabilisieren, um Zuflüsse von ausländischem „Hot Money“ anzuziehen und so das Defizit zu decken, sowie die Importe durch die Besteuerung von Arbeit und Industrie zu reduzieren. Doch die steigende Verschuldung des US-Finanzministeriums und anderer Bundesbehörden gegenüber dem Ausland zwingt die USA nicht dazu, Zinssätze oder Steuern anzuheben, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, da nicht erwartet wird, dass diese offiziellen Schulden zurückgezahlt werden. Die Schuldscheine der US-Regierung häufen sich einfach an und dienen den Zentralbanken weltweit als geldähnliche Reserven.

Seit August 1971, als der Dollar nicht mehr „so gut wie Gold“ war, da er nicht mehr frei in Gold konvertierbar war, sind diese Schuldscheine der US-Regierung zum wichtigsten Instrument für internationale Währungsreserven geworden. Doch die offiziellen Bestände ausländischer Staaten an US-Staatsschulden finden keine Entsprechung mehr in der Fähigkeit der USA, die damit verbundenen enormen Summen zu begleichen. Die Aussicht, dass sie jemals beglichen werden, schwindet – genauso wenig wie die deutschen Reparationszahlungen oder die Schulden zwischen den Alliierten in den 1920er Jahren beglichen werden konnten, selbst wenn US-Behörden bereit wären, eine Zahlung zu versuchen.

Die Schulden der US-Regierung sind zwar verzinslich, doch diese Zinsen werden lediglich als Buchungsposten zum Schuldenbetrag hinzugerechnet und laufen auf, ohne dass dabei die Zahlungsfähigkeit der USA berücksichtigt wird. Die einzigartige Fähigkeit der USA, Zahlungsdefizite ohne Einschränkungen zu verzeichnen, verschafft ihrer Wirtschaft praktisch ein „kostenloses Mittagessen“. Sie bezahlt ihre Importe und militärischen Ausgaben im Ausland, indem sie einfach ihre Schuldscheine in der Welt in Umlauf bringt. Dieses Privileg, dass ihre Dollar-Schulden als internationales Zahlungsmittel dienen, hat Amerika zur „außergewöhnlichen Nation“ der Welt gemacht. Der Wert ihrer offiziellen, von Ausländern gehaltenen Schulden wird nur durch das gestützt, was Ökonomen als „Vertrauensfee“ bezeichnen.

Aber Vertrauen in was? Vertrauen bedeutet die kollektive Bereitschaft anderer Länder, als Gegenleistung für ihre Handelsüberschüsse einen wachsenden Strom von US-Schuldscheinen zu akzeptieren, die letztendlich nicht in Form von Sachwerten wie Gold oder einer Übertragung von im Ausland befindlichem US-Eigentum beglichen werden können. Dieses unrealistische Vertrauen hat es ermöglicht, dass Amerikas Zahlungsbilanzdefizite und der daraus resultierende Anstieg seiner offiziellen Auslandsverschuldung zu einer Quelle des Wohlstands für das Land geworden sind, anstatt dass es den inländischen Kreditmarkt straffen und die Zinsen erhöhen musste. Indem die Dollar-Schulden zu den monetären Ersparnissen anderer Regierungen gemacht wurden, konnten die USA trotz ihrer innenlandischen Deindustrialisierung ihre militärischen Ausgaben im Ausland und ihr hohes Konsumniveau aufrechterhalten.

Wie US-Finanzminister John Connally 1971 scherzte: „Der Dollar ist unsere Währung, aber er ist euer Problem.“ Das Problem ist das Fehlen einer Alternative. Was die Bestrebungen anderer Länder, diesem System ein Ende zu setzen, vorantreibt, ist nicht nur ein Vertrauensverlust in die Fähigkeit und Bereitschaft der USA, ihre Auslandsschulden zu begleichen, sondern auch der Wunsch anderer Länder, Zahlungen zu leisten und internationale Ersparnisse zu halten, ohne US-amerikanischen Handels- und Finanzsanktionen ausgesetzt zu sein – insbesondere da solche Sanktionen zur Bedin-

gung dafür gemacht werden, den Zugang zum dollarbasierten Finanzsystem und zum US-Markt für ihre Exporte aufrechtzuerhalten.

Die US-Wirtschaft wird zu einer Hochkostenwirtschaft mit Deindustrialisierung

Die neoliberale Finanzplanung konzentriert sich darauf, die Aktienkurse von Unternehmen zu steigern, indem langfristige Investitionsprojekte und Forschungsvorhaben zugunsten der Ausschüttung von Gewinnen in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen gekürzt werden. Die postindustriellen Vermögen von heute werden hauptsächlich auf finanziellem Wege erworben, insbesondere durch schuldenfinanzierte Kursgewinne bei Immobilien, Aktien und Anleihen sowie durch die Suche nach Möglichkeiten, Monopolrenten zu erzielen.

Dies steht im Gegensatz zu dem im 19. Jahrhundert verfolgten Ziel, die allgemeine Preisstruktur der Wirtschaft durch die Minimierung der Grundrente und die Beibehaltung natürlicher Monopole in öffentlicher Hand zu senken, um Monopolpreise zu verhindern. Die USA und die meisten europäischen Mischwirtschaften stellten grundlegende Infrastruktur-Dienstleistungen zu subventionierten Tarifen bereit, anstatt Gewinne oder Monopolrenten zu maximieren. Seit den 1980er Jahren fordert die neoliberale, staatsfeindliche Ideologie jedoch die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Banken und privates Kapital organisieren die Finanzierung, wobei ihre Kosten für den Schuldendienst, Dividenden, Management- und Lobbygebühren in ihre Preisstruktur einfließen. Diese Privatisierung und Finanzialisierung hat dazu beigetragen, die Vereinigten Staaten zu einer Hochkostenwirtschaft zu machen, deren Verlust an industrieller Wettbewerbsfähigkeit sie daran gehindert hat, anderen Ländern gegenseitigen Nutzen aus Handel und Investitionen zu bieten.

Und nicht nur wächst der amerikanische Binnenmarkt viel langsamer als die der weniger neoliberalisierten Volkswirtschaften Asiens, auch die Gefahr, dass plötzlich neue Zölle verhängt werden, hat ihn zunehmend risikobehaftet gemacht. Den Vereinigten Staaten bleibt immer weniger, was sie anderen Ländern anbieten können, außer darauf zu verzichten, Unruhe und Chaos zu stiften – im Gegenzug für deren Zustimmung, sich ihren Sanktionen gegen Russland, den Iran, China und andere Länder anzuschließen, die sich der amerikanischen Hegemonie widersetzen.

Vermeidung wirtschaftlicher US-Aggressionen durch offene Handels- und Finanzbeziehungen

Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA sieht vor, die ausländischen Subventionen für die sich deindustrialisierende amerikanische Wirtschaft aufrechtzuerhalten, indem das auf dem Dollar basierende internationale Finanzsystem als Waffe eingesetzt wird, um ihr weiterhin „etwas umsonst“ zu verschaffen und so ihre Zahlungsbilanzdefizite uneingeschränkt mit staatlichen Schuldscheinen auszugleichen. Außerdem zielt sie darauf ab, ihre Kontrollpunkte im Welthandel aufrechtzuerhalten, indem sie den Handel und den Zahlungsverkehr mit Ländern blockiert, die sich der Übernahme von US-Wirtschaftssanktionen und –Hegemonie im weiteren Sinne widersetzen.

In dem Versuch, den Iran, Russland und das Venezuela vor 2026 daran zu hindern, Zahlungen für ihre Ölexporte zu erhalten, haben die USA diese Länder aus dem SWIFT-Bankabwicklungssystem ausgeschlossen. Zudem haben sie Ländern mit der Beschlagnahmung ihrer im Westen angelegten Ersparnisse gedroht. Im Jahr 2018 beschlagnahmte die Bank of England Venezuelas Gold im Auftrag des von den USA erhofften Anführers eines Regimewechsels. (Großbritannien übergab dieses Gold später an das US-Finanzministerium, damit dieses damit verfahren konnte, wie es wollte,

nachdem Trump Venezuela Anfang 2026 besiegt hatte.) Und im Jahr 2022 beschlagnahmte die EU/NATO-Einrichtung Euroclear in Brüssel russische Einlagen im Wert von 300 Milliarden USD und fügte der Kränkung später noch eine Demütigung hinzu, indem sie die auf diese Einlagen anfallenden Zinsen an die Ukraine verlieh, damit diese Waffen für einen Angriff auf Russland kaufen konnte.

Trumps aggressive Wirtschaftspolitik, wie beispielsweise seine hohen Zölle vom April 2025, die den Zugang ausländischer Unternehmen zum US-Markt behinderten, hat die Dringlichkeit für Länder erhöht, sich selbst zu schützen. Am schwerwiegendsten ist jedoch, dass Amerikas Krieg zur Beschlagnahmung des iranischen Öls durch die Blockade der Förderung und des Exports von Öl aus dem Persischen Golf die Voraussetzungen für eine Weltwirtschaftskrise im Ausmaß der 1930er Jahre geschaffen hat. Wie Trump und Bessent dargelegt haben, sind dieser Krieg und die Kontrolle der USA über den weltweiten Ölhandel notwendig, um den Status des Dollars aufrechtzuerhalten. Doch Amerikas Maßnahmen zur Aufrechterhaltung seines Systems dollarbasierter Währungs- und Schuldenbeziehungen drohen, die bevorstehende Wirtschaftskrise zu verschärfen.

Der US-Ölkrieg und die damit verbundenen Finanzsanktionen werden von amerikanischen Strategen als existenzieller Versuch angesehen, das auf den Dollar basierende Finanzsystem als Druckmittel einzusetzen, um Länder dazu zu zwingen, die US-Wirtschaft zu unterstützen und deren militärische Abenteuer zu finanzieren. Länder unter der Führung pro-amerikanischer Politiker, allen voran die von der NATO angeführte EU, werden dazu gedrängt, ihre eigenen Aussichten auf Wohlstand zu opfern, indem sie sich den geopolitischen Sanktionen der USA gegen Russland, China und den Iran beugen. Die EU und ihre Außenpolitik wurden „NATOisiert“, um russische Gasimporte durch teures US-Flüssigerdgas (LNG) zu ersetzen, und dazu angehalten, auf Handel und Investitionen mit Russland zu verzichten. Die EU und andere Exporteure werden zudem dazu angehalten, sich stärker auf den hochverschuldeten US-Markt zu verlassen als auf die schneller wachsenden asiatischen Volkswirtschaften und sogar ihre eigenen Schlüsselindustrien in die USA zu verlagern – im Gegenzug dafür, dass sie nur 10 bis 12 Prozent „Tributzölle“ zahlen müssen, anstatt Zölle, die so hoch sind, dass sie effektiv zu einer vollständigen Blockade des Handels führen würden.

Die Länder haben darauf mit der Einführung von Alternativen reagiert. Ausländische Zentralbanken haben den Aufbau weiterer Dollarreserven verlangsamt oder sogar eingestellt, und europäische Regierungen halten in ihren Währungsreserven mittlerweile mehr Gold als Dollar. Und Trumps Finanzsanktionen gegen Russland, den Iran und Venezuela (vor der Entführung von Präsident Maduro) haben diese Länder gezwungen, ihr Öl in Nicht-Dollar-Währungen zu verkaufen, allen voran in Chinas Yuan. China hat solche internationalen Zahlungen außerhalb des Dollarsystems ermöglicht, indem es sein eigenes grenzüberschreitendes Interbank-Zahlungssystem (CIPS) entwickelt hat, um das von den USA kontrollierte westliche SWIFT-System und das damit verbundene Clearing House Interbank Payments System (CHIPS) zu ersetzen.

Diese ersten Schritte zur Beendigung des Standards der US-Staatsanleihen als internationale Währungsreserven und zur Unterbindung der Instrumentalisierung des internationalen Handels und des Zahlungsverkehrs durch die USA sind erste Maßnahmen, um zu verhindern, dass der Einsatz von Öl- und anderen Handelssanktionen sowie finanziellen Engpässen durch die USA künftig wirtschaftliche Störungen verursacht. Es wird der Weg geebnet, um ein umfassendes Regelwerk zu

schaffen, mit dem die Weltwirtschaft so neu geordnet wird, dass Länder ihren Außenhandel und ihren Zahlungsverkehr vor der Macht der USA schützen können, die ihnen vorschreiben will, mit wem sie Handel treiben, welche Währungen sie verwenden und wo sie ihre internationalen Ersparnisse halten und anlegen dürfen.

Das unmittelbarste politische Ziel besteht darin, zu verhindern, dass die USA das weltweite Finanzsystem als Waffe einsetzen, um die Finanz- und Geldpolitik anderer Länder zu stören – insbesondere jener Länder, die unter den heutigen, kreditgeberfreundlichen Regeln in eine Schuldenabhängigkeit geraten sind. Ironischerweise wird der Übergang weg vom dollarisierten Finanzsystem vorerst zu einer wiedererstarkten Rolle des Goldes als offizieller internationaler Währungswert (einer von vielen) führen.

Gold wird beim Übergang zum unabhängigen Finanzsystem eine Rolle spielen

In jüngster Zeit investieren Länder den Großteil ihrer Zuwächse bei den internationalen Währungsreserven in Gold sowie in Fremdwährungen wie den chinesischen Yuan und sogar in Kryptowährungskonten. Trotz der langjährigen Rolle des Goldes als „Bullionist“, der die Schaffung von Inlandsgeld durch andere Länder einschränkte, indem er dessen Konvertierbarkeit in Gold vorschrieb, wird das Metall ein Vermögenswert sein, in dem Länder ihre internationalen Ersparnisse halten werden, und es wird Teil des Übergangs zu einer Rechnungseinheit sein sowie als Wertmaßstab in der Buchführung von Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Zahlungsüberschuss- und Zahlungsdefizitländern dienen. Im Gegensatz zu den Währungsvereinbarungen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wird Gold jedoch weder unter der unipolaren Kontrolle der USA stehen noch als Hebel zur Durchsetzung von Sparmaßnahmen dienen, wie es früher unter einseitigen, gläubigerfreundlichen Regeln der Fall war.

Was Edelmetalle so attraktiv macht, ist, dass es sich um einen reinen Vermögenswert handelt. Sie bringen zwar keine Zinsen ein, unterliegen aber auch nicht dem Risiko eines Wertverlusts, wie er durch fallende Wechselkurse von Schuldnerländern (oder deren vollständigen Zahlungsausfall) verursacht wird. Diese Vermeidung des Währungsrisikos hat es Gold (zusammen mit Silber und dem Dollar von 1945 bis 1971) ermöglicht, traditionell als Alternative zum Halten von Geld in Form von Staatsschulden zu dienen, die sich historisch gesehen oft bis zu einer Währungsabwertung und einem Zahlungsausfall angehäuft haben.

Das Problem besteht darin, dass Gold nicht in ausreichender Menge vorhanden ist, um als wichtigstes Instrument für internationale Ersparnisse zu dienen. Das macht einen Golddevisenstandard deflationär und führt zu Sparmaßnahmen, die das Wirtschaftswachstum hemmen und letztendlich die Tilgung der aufgelaufenen Schulden verhindern. Daher ist eine Form des internationalen, auf Schulden basierenden Kredits erforderlich, um neue Investitionen und Wachstum zu finanzieren, ohne dass die Schuldenlast den kreditnehmenden Ländern Sparmaßnahmen auferlegt, die sie daran hindern, zu wachsen und ihre Schulden zu begleichen [9]. Das war das Problem, mit dem Großbritannien 1944 konfrontiert war und das Keynes mit seiner vorgeschlagenen Internationalen Clearing-Union zu verhindern suchte. Das gleiche zugrunde liegende Schuldenproblem stellt sich heute in der Weltwirtschaft, da der US-Krieg am Persischen Golf die Welt in stark steigende Handelsdefizite und eine Depression zu treiben droht.

Die Notwendigkeit von Schuldenerlassen

Die heutige Wirtschaftskrise ist kein konjunktureller Abschwung, sondern das Ende einer Ära. Sie lässt sich nicht durch neue Kredite überbrücken, die es den Ländern ermöglichen sollen, ihre Auslandsschulden zu begleichen und gleichzeitig ihre Handelsdefizite bei Öl und Nahrungsmitteln zu finanzieren. Die Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit ist in eine Sackgasse geraten. Sie hat denselben Punkt erreicht wie die westlichen Volkswirtschaften im Jahr 1931, als diese gezwungen waren, ein Schuldenmoratorium für die Schulden der Alliierten und Deutschlands zu erklären.

Im vergangenen Jahrhundert haben die USA die Überreste des europäischen Kolonialismus absorbiert und Auslandskredite als Hebel genutzt, um die Finanzpolitik und die Zentralbanken der Schuldnerländer in den Dienst der Gläubiger (an deren Spitze sie selbst standen) zu stellen, anstatt deren eigenes inländisches Wachstum zu fördern. Ihr seit 1945 angehäufter Rückstand an dollarbasierten Schulden ist das Ergebnis von Handelsdefiziten, die durch die westliche Politik verursacht wurden, welche diese Länder daran hinderte, die fiskalischen Reformen, staatlichen Infrastrukturinvestitionen und sozialen Subventionen durchzuführen, die den industriellen Kapitalismus bei seinem Aufschwung im 19. Jahrhundert in Europa und den USA so erfolgreich gemacht hatten.

Diese Situation hat ihre politische und in der Tat auch moralische Grenze erreicht, da die heute rasant steigenden Preise für Öl- und Nahrungsmittelimporte die Länder des Globalen Südens daran zu hindern drohen, ihre Auslandsschulden zu begleichen, ohne ihre Volkswirtschaften einer sich verschärfenden Sparpolitik, erzwungenen Vermögensverkäufen und vielleicht sogar einer Hungersnot auszusetzen.

Ein Schuldenerlass, der die heutigen Schulden des Globalen Südens tilgt, würde die entsprechenden Ersparnisse auf der dollarisierten Vermögensseite der internationalen Bilanz zunichte machen. Dies würde dazu beitragen, den finanziellen Neokolonialismus abzubauen, der den Volkswirtschaften, die von den gefügigen Klientel-Oligarchien und Militärdiktaturen verwaltet werden, die die amerikanische Diplomatie gefördert hat, Sparmaßnahmen auferlegt. Und eine Verringerung des bestehenden Schuldenüberhangs würde die Polarisierung des Reichtums umkehren, die sich seit den 1980er Jahren stark verschärft hat – eine Folge des Erfolgs des Finanzsektors bei der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur und der Blockade wirtschaftlicher Regulierungsmaßnahmen, die darauf abzielten, die Macht der Rentiers einzudämmen.

Die moralische Asymmetrie – Schuldenhaftung für alle außer den USA

Die US-Regierung hat faktisch einen Schuldenerlass für ihre eigenen Schulden durchgesetzt, indem sie den Ländern einfach vorschrieb, ihre Dollarzuflüsse als Zahlungsmittel für finanzielle Salden untereinander zu verwenden. Die Dollar, die sie im Ausland ausgibt, landen bei ausländischen Zentralbanken, die sie als heutiges internationales Zahlungsmittel in die USA zurückfließen lassen, indem sie US-Staatsanleihen und andere Schuldverschreibungen kaufen. Diese Dollarforderungen sind nicht mehr wie bis 1971 zu einem Preis von 35 Dollar pro Unze in Gold umtauschbar, und seitdem hat sich der Goldpreis gegenüber dem Dollar mehr als ver Hundertfacht, da das Metall insbesondere in den letzten Jahren als alternatives Zahlungs- und Anlageinstrument zu den offiziellen US-Dollar-Schulden wieder an Bedeutung gewonnen hat.

Im Jahr 1971 beugten sich die Zentralbanker dem Druck der USA, kein Gold zum steigenden Marktpreis zu kaufen, und hatten zu diesem Zeitpunkt keine Alternative zu US-Staatsanleihen.

Doch durch die Annahme von Dollar ohne deren frühere Verpflichtung, ihre Inhaber „tatsächlich zu bezahlen“, haben ausländische Regierungen das erlitten, was Ökonomen als Opportunitätskosten bezeichnen – eine verpasste Gelegenheit, sich gegen Amerikas berüchtigtes „exorbitantes Privileg“ zu wehren, sich auf Kosten anderer zu bereichern, ganz zu schweigen vom Währungsrisiko, einen Vermögenswert zu halten, dessen Wert sinken wird, sobald die US-Wirtschaft schwächer wird.

Die 55-jährige Akzeptanz des Standards der US-Staatsanleihen hat es den USA ermöglicht, die Haftung für ihre Ausgaben im Kalten Krieg und den neoliberalen Abstieg in die industrielle Abhängigkeit von Asien zu umgehen. Es würde jedoch den Vorstellungen von Fairness und Symmetrie widersprechen, den Vereinigten Staaten zu gestatten, sich ihrer eigenen Auslandsverschuldung zu entziehen, während von den übrigen verschuldeten Ländern der Welt verlangt wird, ihr eigenes Wachstum zu opfern, um ausländische Anleihegläubiger, Banken und den IWF zu bezahlen.

Was das heutige, auf den Dollar basierende internationale Währungssystem so asymmetrisch macht, ist die Tatsache, dass die Staatsverschuldung der USA durch eine Kombination aus den Ausgaben im Kalten Krieg und der neoliberalen Deindustrialisierung ungehemmt in die Höhe getrieben wurde. Doch die von den USA nach 1945 ausgeübte Verwaltung der Wirtschaftsordnung hat andere Länder dazu gezwungen, Handels- und Steuerpolitiken zu verfolgen, die zu Zahlungsbilanzdefiziten geführt haben. Diese wurden durch die Aufnahme von Auslandsschulden finanziert, was die Länder wiederum dazu zwingt, ihre Zinssätze anzuheben, um Kapitalzuflüsse anzuziehen und so einen Wertverlust ihrer Währung zu verhindern.

Ein niedrigerer Wechselkurs verteuert Importe in ihrer Landeswährung und führt zu Preisinflation. Angesichts steigender Schuldendienstzahlungen an ausländische Gläubiger zwingt der Versuch, ihre Wechselkurse zu stabilisieren, die Schuldnerländer dazu, ihre Staatsausgaben von der Förderung ihres Wirtschaftswachstums abzuziehen, um die zur Begleichung ihrer Schulden bei ausländischen Gläubigern benötigten Dollar zu beschaffen.

Eine solche Umleitung von Einnahmen aus hochverschuldeten Ländern an ausländische Anleihegläubiger ist seit der Entstehung des internationalen Bankwesens – das im 12. und 13. Jahrhundert zur Bereitstellung von Kriegskrediten für europäische Könige ins Leben gerufen wurde – sowie seit der spekulativen Welle europäischer Kreditvergabe an neu unabhängige Länder, die in den 1820er Jahren begann, ein Merkmal des internationalen Finanzsystems des Westens.

Viele der heutigen Länder des Globalen Südens haben im Laufe des 19. Jahrhunderts ihren Kampf um politische Unabhängigkeit von den europäischen und osmanischen Reichen gewonnen. In der Hoffnung, den Erfolg Großbritanniens und anderer europäischer Industrienationen nachzuahmen, indem sie ihre Volkswirtschaften produktiver umstrukturierten, beauftragten diese neu unabhängigen Länder britische, französische und später auch andere Investmentbanker, ihnen bei der Finanzierung und Organisation der notwendigen Investitionen zu helfen, wobei die Länder Anleihen emittierten und Konzessionen für den Bau von Eisenbahnen und Kanälen sowie für die Einrichtung öffentlicher Monopole vergaben.

Diese Anleiheemissionen und die Gewährung von Handelskonzessionen, die von Anfang an von Betrug und Insidergeschäften geprägt waren, führten zu einem Schuldendruck, der dazu führte, dass die nominelle politische Unabhängigkeit dieser neuen Länder durch eine sich vertiefende finanzielle Abhängigkeit ersetzt wurde, die ihre industrielle Entwicklung blockierte [10]. Es kam fast sofort zu

Zahlungsausfällen bei ihren Anleiheemissionen, da die Zahlungen an ausländische Investoren fällig wurden, lange bevor die erhofften Erträge aus den Investitionen der Länder realisiert werden konnten. Anstatt diese Schulden als uneinbringliche Kredite abzuschreiben, sicherten sich die Anleihegläubiger die Unterstützung ihrer Regierungen, um militärisch einzugreifen und nationale Währungskommissionen oder Zentralbanken durchzusetzen, die von den ausländischen Gläubigern geleitet wurden.

Die Schuldnerländer wurden zu finanziellen Abhängigen, da die Kontrolle durch ausländische Banker die frühere koloniale Militärherrschaft ablöste.

Sie wurden zu Fiskalstaaten, die verpflichtet waren, dem Schuldendienst Vorrang vor der Finanzierung ihrer eigenen inländischen Investitionen und ihres Wachstums einzuräumen, da ihre Finanzministerien und Währungsbehörden als Inkassostellen für ausländische Gläubiger fungierten, die sich Monopolprivilegien sicherten und ihre Einnahmen in ihre Heimatländer überwiesen.

Ausländische Bankiers und Investoren wurden zudem von ihren Regierungen und den ihnen wohlgesonnenen lokalen Machthabern dabei unterstützt, die lokalen natürlichen Ressourcen und die daraus resultierenden Pachtzinsen zu privatisieren sowie das Bankwesen und die Kreditvergabe in den Empfängerländern zu kontrollieren. Die daraus resultierende Abschöpfung von Pachtzinsen ging zu Lasten industrieller und öffentlicher Investitionen in den schuldenabhängigen Volkswirtschaften. Dies vertiefte die fiskalische und finanzielle Abhängigkeit von ausländischen Gläubigern und Investoren, die in den vergangenen zwei Jahrhunderten maßgeblich für die globale wirtschaftliche Polarisierung verantwortlich war.

Die von den USA nach 1945 geschaffene Weltordnung verstärkte diese Priorisierung der Eigeninteressen der Gläubiger, angeführt von US-Banken und ausländischen multinationalen Investoren. In den vergangenen acht Jahrzehnten hat sich die internationale Wirtschaft polarisiert zwischen finanziell abhängigen „Gastländern“ und einer kosmopolitischen, auf die USA ausgerichteten Gläubigerklasse von Investoren, die darauf bestehen, dass die Altlasten der Schulden beglichen werden und weiterhin Zinsen anfallen, selbst wenn die Welt in eine Phase potenzieller Depression und neuer Haushalts- und Finanzkrisen eintritt.

Die Zwangsbegleichung der Auslandsschulden durch ölabhängige und von Nahrungsmittelknappheit betroffene Länder hat zur Folge, dass diese daran gehindert werden, in die Mittel zu investieren, die ihnen Selbstversorgung und echte wirtschaftliche Souveränität ermöglichen würden. Angesichts des von den USA geführten Ölkriegs, der zu einem starken Anstieg der Öl- und Nahrungsmittelpreise führt, wird dies, wie oben dargelegt, in einigen Ländern zu einer innenwirtschaftlichen Depression und möglicherweise sogar zu Hungersnöten führen.

Abgesehen von der Frage, ob die Bürger des Globalen Südens oder westliche Gläubiger die wirtschaftlichen Kosten des aktuellen Krieges der USA tragen sollten, stellt sich die Frage, wer die Kosten für Kredite tragen soll, die ohne realistische Einschätzung der Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer vergeben wurden – ohne dass diese sich dabei selbst in die Armut treiben (im Gegensatz zu ihren klientelistischen Oligarchien, von denen viele selbst Inhaber ihrer eigenen, in Dollar denominierten Staatsschulden sind). Tatsächlich beruht das westliche internationale Schuldensystem auf einer irreführenden ideologischen Täuschung. Anstatt die Entwicklung der Schuldnerländer zu fördern, zielt es darauf ab, die Kontrolle über deren Regierungspolitik in die

Hände der USA und anderer Gläubigerregierungen zu legen. Die Forderung lautet, dass Schulden beglichen werden müssen, ohne Rücksicht auf die nationale Souveränität der Schuldnerländer, in ihr eigenes Wachstum und ihre Selbstständigkeit zu investieren.

Abgesehen von Schuldenerlassen brauchen diese Länder fiskalische und geldpolitische Reformen, wie sie ursprünglich angestrebt hatten – Reformen, die den Aufschwung des industriellen Kapitalismus gefördert haben: öffentliche Infrastrukturinvestitionen anstelle privatisierter Monopole, wobei der Mietwert von Grund und Boden und natürlichen Ressourcen als Steuerbasis dient, sowie die Schaffung von Geld und Krediten, die als öffentliches Versorgungsgut verwaltet werden.

Die von den USA geförderte Nachkriegsordnung seit 1945 hat die Länder des Globalen Südens daran gehindert, diese Politik zu verfolgen, indem sie die Bestrebungen ausländischer Bankiers und Investoren unterstützte, sich Monopolprivilegien zu sichern und ihre Renditen in ihre Heimatländer zu überweisen, während sie gleichzeitig versuchten, natürliche Ressourcen und Grundrenten zu privatisieren und die Bankgeschäfte sowie die Kreditvergabe in ihren eigenen Händen zu behalten. Die daraus resultierende Abschöpfung von Renditen ging zu Lasten der Industrieinvestitionen sowie der Lebenshaltungs- und Geschäftskosten der Gastwirtschaft. Die steigende Schuldenlast sowie die zu ihrer Deckung erhobenen Steuern verstärkten die finanzielle Abhängigkeit, die, wie oben erläutert, in den letzten zwei Jahrhunderten zu einer globalen finanziellen und wirtschaftlichen Polarisierung geführt hat.

Chinas Rolle in der neuen Wirtschaftsordnung

Was den Ländern die Unabhängigkeit von westlichen Finanz- und Handelssanktionen sowie die Loslösung vom dollarisierten Finanzsystem selbst verspricht, ist die Entstehung einer kritischen Masse aus China, Russland und dem Iran. Ihr breites Spektrum an Energie- und Nahrungsmittelproduktion, natürlichen Ressourcen und Industrietechnologie sowie ihre militärische Stärke schaffen die Voraussetzungen für ihre Selbstständigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber westlicher Einmischung – und bilden damit die Grundlage dafür, dass sich andere Länder ihnen anschließen. Das ist die Perspektive, die auf dem Jahrestreffen der Shanghai Cooperation Organization (SOZ) in Kirgistan und dem Eastern Economic Forum eine Woche später in Wladiwostok erörtert wurde, um den Weg für eine breitere Unterstützung bei den BRICS-Treffen im September 2026 in Neu-Delhi zu ebnen.

Von zentraler Bedeutung für diese neue kritische Masse ist Chinas Aufstieg zur weltweit größten Industrienation. Obwohl sein „Industriesozialismus“ im Westen als autokratisch bezeichnet wird, verfolgt China im Wesentlichen dieselbe Politik, die den industriellen Kapitalismus in den USA und Europa so erfolgreich gemacht hat, indem er ihre Volkswirtschaften von den Belastungen durch Rentenzahlungen an Grundbesitzer, Monopolisten und Wucherbanken befreite [11].

Auf seinem Weg zur industriellen Führungsrolle hat China die Monopole in den Bereichen Finanzen, natürliche Ressourcen und Infrastruktur in öffentlicher Hand belassen. Sein Erfolg belegt die Überlegenheit seiner gemischten öffentlich-privaten Wirtschaft mit starken öffentlichen Investitionen gegenüber den heutigen westlichen Volkswirtschaften, deren früherer industrieller Kapitalismus durch neoliberale Privatisierungen in einen extraktiven Rentiers-Finanzkapitalismus (mit amerikanischen Merkmalen) entgleist ist.

Indem China eine erfolgreiche Alternative in Form einer gemischten Wirtschaft zum westlichen Finanzkapitalismus bietet, stellt es eine Bedrohung für die Hegemonie der USA innerhalb der heutigen westlichen neoliberalen Ordnung dar. Von zentraler Bedeutung für Chinas Produktivitätsvorteil war die Volksbank von China, die die Geldschöpfung öffentlich gestaltet hat, um die Bildung von Sachkapital und die Produktion zu finanzieren. Chinas Anhäufung von US-Staatsanleihen im Wert von 633 Milliarden US-Dollar und Goldreserven von über 300 Milliarden US-Dollar (Stand: Juni 2026) bestätigen den Erfolg der industriellen Ausrichtung seiner Geld- und Kreditschöpfung, die das Land zum weltweit dominierenden Exporteur von Industrieerzeugnissen und Technologie gemacht hat, wobei langfristig statt kurzfristig in den Finanzsektor investiert wird.

Chinas Ziel bei der Umsetzung seiner „Belt and Road“-Initiative und der damit verbundenen Außenhandels- und Investitionsaktivitäten ist es, ein eurasisches Landverkehrs- und internationales Hafensystem zu schaffen, das allen Beteiligten als Win-Win-System gegenseitigen Nutzens dient.

Westliche Kritiker haben davor gewarnt, dass sich China als ebenso ausbeuterischer Gläubiger erweisen könnte wie die westlichen Volkswirtschaften, indem es eine „Schuldenfallen-Diplomatie“ betreibt, d. h. die Macht des Gläubigers als Hebel nutzt, um den Schuldnerländern das Eigentum an ihren natürlichen Ressourcen und ihrer Infrastruktur zu entreißen.

Umstritten ist, ob internationale Investitionen und zwischenstaatliche Kredite gerecht oder ausbeuterisch sein werden. Das war das Problem, das Keynes zu lösen suchte. Seine International Clearing Union (ICU) sollte eine finanzielle Polarisierung zwischen Gläubiger- und Schuldnerländern verhindern, indem sie befugt war, Mitgliedsregierungen, die große Gläubigerforderungen gegenüber Schuldnerländern angehäuften, zu verpflichten, diese abzuschreiben, anstatt von den Schuldnerländern zu verlangen, die Bedienung der Auslandsschulden gegenüber den inländischen Ausgaben und Investitionsbedürfnissen für ihr Wirtschaftswachstum zu priorisieren.

Keynes' Prinzip, die finanziellen Forderungen von Ländern mit Zahlungsbilanzüberschuss – und damit auch die Schulden von Ländern mit chronischem Defizit – abzuschreiben, sobald diese die Zahlungsfähigkeit überschreiten, ohne dabei das Wirtschaftswachstum zu lähmen, bietet einen Leitfaden, der sicherstellen würde, dass China und andere potenzielle Großgläubiger ihren Reichtum tatsächlich teilen würden.

Eine neue Wirtschaftsordnung nach diesen Grundsätzen würde verhindern, dass große Gläubigerländer Zahlungsforderungen auf „westliche“ Weise anhäufen, indem sie Schuldnerländer verarmen lassen und ihnen Abhängigkeit auferlegen, um die Kontrolle über deren Volkswirtschaften zu erlangen. China und andere Nationen würden Kredite gewähren, um die Kosten für konkrete produktive Investitionen der Empfängerländer zu decken, organisiert im Rahmen eines Systems des gegenseitigen Nutzens.

Dieses System würde darauf abzielen, die Fähigkeit der Investitions- und Kreditempfängerländer zu stärken, wirtschaftliche Überschüsse zu erwirtschaften, mit denen sie neben der Rückzahlung der Kredite auch ihre eigene steigende Produktivität und ihren Lebensstandard finanzieren können. Das System würde dafür sorgen, dass zunehmender Handel, Infrastrukturmaßnahmen und andere öffentliche Investitionen die Volkswirtschaften in ganz Asien und im Globalen Süden sowie die Weltwirtschaft insgesamt ankurbeln.

Neben diesem allgemeinen Anstieg des gemeinsamen Wohlstands durch eine gerechtere und stabilere Wirtschaftsordnung nach der Abkehr vom Dollar würden Länder, die sich der kritischen Masse aus China, Russland und dem Iran anschließen, auch geopolitische Vorteile genießen. Ihre Handels- und Finanzvereinbarungen wären vor US-Maßnahmen geschützt, die darauf abzielen, ihre Volkswirtschaften zu destabilisieren, indem das dollarbasierte Handels- und Zahlungssystem als Waffe eingesetzt wird. Und die Schaffung einer Alternative zu diesem System wird die Fähigkeit der USA und ihrer Verbündeten einschränken, die Kosten offener militärischer Zwangsmaßnahmen zu tragen.

Anfängliche Doppelstrategie der neuen Ordnung

Die neue internationale Wirtschaftsordnung wird natürlich auf den Widerstand der USA stoßen, die starken Druck auf andere Länder ausüben werden, sich ihr nicht anzuschließen. Es scheint daher wahrscheinlich, dass für einige Zeit zwei Blöcke nebeneinander bestehen werden. Der eine wird aus den Ländern der „Globalen Mehrheit“ bestehen, die sich der neuen Ordnung anschließen, während der andere weiterhin im Rahmen des US-Dollar-Systems agieren wird.

Doch die Kosten für die Erfüllung der konfrontativen Forderungen der USA schwächen bereits jetzt deren Bündnis mit den NATO-Staaten in Europa, Japan und Südkorea, da sie diese dazu zwingen, auf den Import kostengünstigerer Energie, Rohstoffe und Industrieprodukte zu verzichten und gleichzeitig ihre Militärausgaben zu erhöhen – auf Kosten des Abbaus ihrer sozialen und wirtschaftlichen Sicherungssysteme im Inland. Mit der Zeit könnte sich der von den USA dominierte Block auf die westliche Hemisphäre konzentrieren, wo die militärische und wirtschaftliche Macht der USA am größten ist.

Die Machteliten des US-zentrierten Blocks werden versuchen, ihr finanzielles Vermögen zu bewahren, indem sie den Rentier-Finanzkapitalismus aufrechterhalten, der die Volkswirtschaften seit den 1970er Jahren zunehmend zu ihren Gunsten polarisiert hat. Doch die damit verbundenen innenpolitischen und letztlich auch finanziellen Belastungen werden zu lokalem Widerstand der Bevölkerung führen, zumal der wachsende Wohlstand des asiatisch geprägten Blocks westliche Industrie- und Handelsinteressen anzieht, die am wirtschaftlichen Erfolg dieses Blocks teilhaben wollen.

Irgendwann könnten die westlichen Volkswirtschaften mit einer politischen Krise konfrontiert werden, ähnlich derjenigen, die Anfang des 19. Jahrhunderts die Reformen des industriellen Kapitalismus vorantrieb – angeführt vom Widerstand der Industriellenklasse gegen Rentiereinkommen, die sie nicht als „echten“ Reichtum, sondern als Scheinreichtum betrachteten, der auf Immobilien und anderen Eigentumsansprüchen, Monopolprivilegien und finanziellen Zahlungsansprüchen beruhte (was Ökonomen des 19. Jahrhunderts als „fiktives“ oder „fiktives“ Kapital bezeichneten). In diesem Szenario käme es zu einer Wiederbelebung der klassischen politischen Ökonomie, um den Charakter dessen neu zu definieren, was tatsächlich ein „Produkt“, das BIP und den realen Reichtum ausmacht.

Die neue Wirtschaftsordnung bietet den heutigen europäischen und anderen postindustriellen Volkswirtschaften – darunter sogar die der USA – die Chance, sich von ihrem langen Umweg über den Finanzkapitalismus zu erholen, indem sie zu dem zurückkehren, was Beobachtern des 19. Jahrhunderts als natürliche Entwicklung hin zu einer sozialistischen Mischwirtschaft erschien. Sie würden auf den Weg des industriellen Kapitalismus zurückkehren, der so große Erfolge bei der

Organisation natürlicher Monopole wie der öffentlichen Versorgungsbetriebe erzielte, um Grundbedürfnisse zu subventionierten Preisen zu decken, anstatt diese zu privatisieren, um Monopoleinkünfte zu erzielen. Und dieses Mal würden die ehemaligen Kolonien Europas, die nicht in die US-zentrierte neoliberale Ordnung eingebunden sind, dieselbe industrielle Strategie verfolgen, um sich selbst tragende, wachsende Volkswirtschaften mit breiterem Wohlstand aufzubauen.

Volkswirtschaften der neuen Ordnung würden ihre Geldschöpfung und das Finanzsystem der Kreditvergabe als das zentrale Infrastrukturmonopol betrachten, das verstaatlicht werden muss, um es im öffentlichen Interesse zu lenken. Regierungen werden Geld auf dieselbe Weise schaffen, wie es heutige Volkswirtschaften über ihre Zentralbanken tun. Nationale Regierungen müssen keine Kredite bei in- oder ausländischen Gläubigern aufnehmen oder gar Steuern erheben, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren. Sie können das Geld einfach schaffen [12].

Doch Zentralbanken oder nationale Finanzministerien unter industriell-kapitalistischen oder sozialistischen Regierungen in der neuen Ordnung werden das tun, was die Volksbank von China tut: Sie werden Geld schaffen, um neue Sachinvestitionen und Produktivitätssteigerungen sowie andere gesellschaftlich notwendige Zwecke zu finanzieren, nicht aber, um den Kauf von oder die Spekulation mit bereits bestehenden Immobilien, Industrieanlagen und Finanzwertpapieren zu finanzieren.

Damit würde die Praxis der fortschrittlichsten europäischen Industrienationen des späten 19. Jahrhunderts wieder aufgenommen, allen voran Deutschland, die ihre Bankensysteme darauf ausrichteten, materielle Investitionen in neue Produktions- und Vertriebsmittel zu finanzieren – und nicht Spekulationen, wie sie für das britische Handelsbankwesen charakteristisch waren und noch heute die westlichen Bankensysteme prägen.

Das Finanz- und Bankwesen in der neuen Wirtschaftsordnung würde somit sozialisiert und industrialisiert, um produktive Investitionen zu finanzieren.

Und obwohl nationale Regierungen ihr eigenes Geld schaffen können, um solche Investitionen ohne Steuererhebung zu finanzieren, gibt es nach wie vor gute Gründe für sie, der wichtigsten Leitlinie der klassischen Ökonomen zu folgen: nämlich die Bodenrenten von Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie die Renten aus natürlichen Ressourcen – von der Landwirtschaft über den Bergbau und die Ölförderung bis hin zu Wäldern und anderen Teilen des traditionellen öffentlichen Bereichs – zu besteuern. Eine solche Besteuerung bewahrt die Wirtschaft davor, eine Klasse zu bereichern, die Renten abschöpft, und minimiert die Produktionskosten.

Das war der Traum der klassischen Ökonomen. Ihr Ziel war es, die Produktionskosten des industriellen Kapitalismus auf die gesellschaftlich notwendigen Lebenshaltungs- und Geschäftskosten zu beschränken, ohne die Belastung durch wirtschaftliche Rente. Eine solche Rente wurde als unnötig erachtet und sollte entweder besteuert oder vermieden werden, indem natürliche Monopole in öffentliche Infrastruktur umgewandelt wurden, um von vornherein zu verhindern, dass Monopole Rente erheben.

Was die neue Wirtschaftsordnung neben der Entdollarisierung am dringendsten erfordert, ist eine Leitdoktrin, die den Bestrebungen der klassischen politischen Ökonomie ähnelt, nämlich die Unterscheidung zwischen materiellem Wachstum in der industriellen Kapitalbildung und finanziellen sowie damit verbundenen Rentiersvermögen, die die Form einer polarisierenden Gemeinkosten-

belastung annehmen, die alle erfolgreichen Gesellschaften in der Geschichte zu minimieren versucht haben.

Anmerkungen

1. Veröffentlicht von Democracy Collaborative, [A Clean Slate: How the Oil War's Aftermath Will Transform the World Economic Order](#), 26. September 2026.
2. Insbesondere Indien wird unter Druck gesetzt, vom Kauf russischen Öls abzusehen, und die US-Politik droht sogar chinesischen Banken und denen anderer Länder mit Sanktionen, sollten sie Zahlungen an den Iran für dessen Öllieferungen abwickeln.
3. Die Hyperinflationen in Deutschland in den Jahren 1921–1923 und in Frankreich im Jahr 1925 folgten demselben Muster: Zunächst führten Handels- und Zahlungsbilanzdefizite zu einem Rückgang des Wechselkurses. Anschließend stiegen die Inlandspreise, um den Anstieg der Importpreise (sowie den Rückgang der inländischen Produktion) widerzuspiegeln. Die Zentralbank druckt daraufhin Geld in einer Menge, die erforderlich ist, um die Wirtschaftstätigkeit auf dem höheren Preisniveau aufrechtzuerhalten. Nur in Einzelfällen wie Simbabwe wird eine Hyperinflation allein durch die Schaffung von inländischem Geld in der Wirtschaft verursacht. Das typische Muster ist ein Zahlungsbilanzdefizit, das durch den Versuch entsteht, Auslandsschulden zu begleichen, was zu einem Rückgang des Wechselkurses führt. Siehe James Harvey Rogers, *The Process of Inflation in France: 1914-1927* (New York, 1929), und Solomon Flink, *The Reichsbank and Economic Germany* (New York, 1930).
4. Die gleiche Dynamik, die 1929 im Großen Börsencrash gipfelte, hatte sich bereits ein halbes Jahrhundert zuvor nach dem Ende des Deutsch-Französischen Krieges im Jahr 1871 vollzogen. Frankreich hatte hohe Reparationszahlungen an Deutschland geleistet, deren Geldzufluss eine spekulative Börsenblase anfachte, die nicht nur den eigenen Markt zum Einsturz brachte, sondern auch einen internationalen Dominoeffekt auslöste, zu dem auch der Zusammenbruch der amerikanischen Eisenbahnblase gehörte.
5. Wie oben dargelegt, beharrten Ökonomen wie Bertil Ohlin und Jacques Rueff während der deutschen Reparationsdebatte darauf, dass Deutschlands „Transferproblem“ bei der Begleichung der Schulden gegenüber den Gläubigern einfach durch strenge Währungsdisziplin gelöst werden könne. In meinem Buch „Trade, Development and Foreign Debt“ (Dresden, 2009) wird untersucht, wie die von den Gläubigern vertretene Auffassung, dass Sparmaßnahmen es Ländern ermöglichen, alle ihre Schulden zu begleichen, auch in der heutigen Welt weiterhin die Doktrin des IWF darstellt. Keynes' Analyse der Grenzen, bis zu denen Schuldendienst geleistet werden kann, ohne die Wirtschaft zu schädigen, prägte seine Vorschläge zur Begrenzung der Forderungen der Gläubiger, um die Volkswirtschaften der Schuldnerländer nicht zu ersticken und sie nicht in den Rückstand zu drängen.
6. Das Wort „Bancor“ war eine Kombination aus „Fiat-Bankgeld“ und einem Begriff für Gold, wie beispielsweise „aur“ oder „oro“. Im Jahr 1969 schuf der IWF auf der Grundlage dieses Prinzips der Monetarisierung von Fiat-Krediten ohne Bereitstellung einer tatsächlichen Währung seine eigenen Sonderziehungsrechte (SZR). SZR basieren auf dem US-Dollar, dem Euro, dem britischen Pfund Sterling, dem chinesischen Yuan und dem japanischen Yen.

7. Die Maßnahmen, die die amerikanische Landwirtschaft so produktiv machten, wurden als zulässige Ausnahmen von den Freihandelsregeln ausgenommen: Preisstützungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, landwirtschaftliche Beratungsdienste und Subventionen sowie Importquoten, die ausländische Konkurrenz abwehrten. Für andere Länder wurde die Landreform jedoch als Bedrohung für die amerikanischen Plantageninvestitionen in Mittel- und Südamerika angesehen. Die USA lehnten zudem die Einführung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Europa, die sich an den amerikanischen Agrarstützungsmaßnahmen orientierte, entschieden ab.
8. Ich beschreibe dies und die allgemeine US-Strategie der gläubigerfreundlichen Regelungen, die zu finanzieller Abhängigkeit führen, in „Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire“ (1972, Neuauflage 2021).
9. Die Notwendigkeit, eine solche Alternative zu Gold- und Silbermünzen zu schaffen, war der Grund, warum Banker die Führung bei der Monetarisierung öffentlicher Schulden als Papiergeld übernahmen, beginnend mit der Bank of England im Jahr 1694. Ohne solche Papierkredite wären die verschuldeten Regierungen weiterhin zahlungsunfähig gewesen, da nicht genügend Gold vorhanden war, um den steigenden Bedarf zur Finanzierung des zunehmenden Umlaufs von Waren und Dienstleistungen zu decken, ganz zu schweigen von den Kriegsschulden. Der auf Papiergeld (heute elektronisches Geld) basierende Bankkredit hat den Schuldendienst für die exponentiell wachsende Schuldenlast der Welt finanziert.
10. Ich beschreibe diesen langen Prozess ausführlich in „The West’s Financial Takeoff: From the Crusades to World War I“ (Dresden, im Druck, 2026).
11. Was westliche Kritiker an Marx’ Analyse des industriellen Kapitalismus so erzürnt, ist seine Betonung dessen revolutionären Ziels, die Volkswirtschaften vom Erbe einer rentenbeziehenden Grundbesitzerklasse, von Monopolen und von Wucherbanken zu befreien. Indem sie diesen Schwerpunkt anprangern, wenden sich Marx’ Kritiker gegen die von Adam Smith, David Ricardo, John Stuart Mill und der gesamten klassischen politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts befürworteten politischen Reformen sowie gegen deren Konzept eines freien Marktes, der frei von Rent-Seeking sein sollte, um seine Kostenstruktur zu minimieren und international wettbewerbsfähiger zu werden.

Das internationale Bankwesen Europas basierte auf feudalen Kriegskrediten und der darauf folgenden ausbeuterischen Kreditvergabe im 19. Jahrhundert und später an Länder, die noch nicht industrialisiert waren. Europas Gläubiger- und Kolonialmacht war bestrebt, diese Länder als Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, als Holzfäller und Wasserträger zu erhalten, anstatt ihnen dabei zu helfen, die Reformen und den Aufschwung nachzuahmen, die den europäischen und amerikanischen Industriekapitalismus so erfolgreich gemacht hatten. Der Kapitalismus dieser anfänglich führenden Industriemächte sicherte seine Gewinne, indem er die Peripherie als rentenbringende Felder für Investitionen der Industrienationen in ausländische Rohstoffe und Infrastrukturmonopole sowie für die Fremdfinanzierung nutzte.

12. Die Erfahrungen mit Regierungen, die Kriege durch die Schaffung ihres eigenen Geldes finanzierten – wie beispielsweise die USA während ihres Bürgerkriegs durch den Druck von

Greenbacks und europäische Regierungen während des Ersten Weltkriegs –, haben gezeigt, dass Regierungen keine Kredite aufnehmen oder gar Steuern erheben müssen, um ihre Haushaltsdefizite zu finanzieren.